

Anonymisierte Auflistung der Beiträge zu

Themenfeld 8: Risikowahrnehmung und Risikokommunikation

Aufgelistet sind Originalkommentare, die im Rahmen der Onlinekonsultation zum Forschungsprogramm „Strahlenschutz beim Stromnetzausbau“ zwischen dem 17. Juli und dem 15. September 2017 eingegangen sind. Für den Inhalt ist das BfS nicht verantwortlich. Kommentare, die relevante Fragen enthielten, sind durch das BfS als Anfrage behandelt und beantwortet worden. Textpassagen, die zur Identifikation der beteiligten Privatpersonen führen können, wurden aus Datenschutzgründen unkenntlich gemacht (Gekennzeichnet durch ...).

Die Kommentare im Wortlaut:

The topic 8 is of great significance, not only in the national level but also internationally. It is often the case that risk communication is done in a poor way, leaving the public with many "opened questions" regarding scientific facts. This, in combination with the public lack of trust in decision makers, causes objections and other contra-productive actions from the public's side.

Moreover, the procedures are very well described.

As I mentioned - this issue is rather significant, and hence I would advise to involve other related bodies from international organizations, to create a network of states working on this subject.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit grossem Interesse haben wir das Forschungsprogramm des BfS zum "Strahlenschutz beim Stromnetzausbau" gelesen. Speziell spannend ist für uns Punkt 8 „Risikowahrnehmung und Risikokommunikation“. In Zeiten, in denen über Twitter Politik gemacht wird, würden wir gerne anmerken, dass der Aspekt der Sozialen Medien dabei nicht vergessen gehen sollten.

Anfügen würden wir gerne auch die Frage, ob es bereits einen definierten Prozess gibt, über welchen man konkrete Projektproposals einreichen kann? Oder gibt es diesen erst nach dem 15. September 2017?

Vielen Dank und freundliche Grüsse

Im Bereich Risikowahrnehmung und -Kommunikation halte ich insbesondere die Punkt 8.1, 8.3 und 8.6 für prioritär.

Zui den anderen Punkten möchte ich anmerken, dass die Frage der Bedeutung der Präsenz der Behörden bei Veranstaltungen und der Bereitschaft von Behördenvertretern an Veranstaltungen teilzunehmen sich oft gar nicht stellt, sondern von Mandatsträgern verfügt wird. Eine Fortbildung von Behördenvertretern fachlich zu NF und operativ zur Risikokommunikation ist daher dringend notwendig. Die fachliche Seite kann dann sicher schon wie in 8.5. vorgeschlagen über on-line Tools erfolgen, Kommunikation ist jedoch meiner Meinung nach nicht online lernbar sondern nur life und mit viel Übung.

Wissen über Meinungsbildung oder über den Stand der Besorgnis in der Bevölkerung (8.7. und 8.2) sind zwar "nice to have" aber meiner Einschätzung bzw Erfahrung nach nicht wirklich hilfreich für das weitere Vorgehen.

Themenfeld: 8. Risikowahrnehmung und Risikokommunikation

1) Die hohe Bedeutung dieses Themenfeldes sollte vorrangig auf eine unmissverständliche Risikokommunikation an Entscheidungsträger wie oberste Richter und Politiker beruhen. Hier besteht offensichtlich dringender Bedarf. Z.B. wird in aktuellen Urteilen des BVerwG zur Urteilsbegründung die Aussage „Bestehende Grenzwerte schützen“ verallgemeinert eingesetzt - ohne den stark eingegrenzten Bereich zu berücksichtigen, für den diese Aussage nur gilt.

(Die allgemeine Erwartungshaltung dürfte sein, dass bei dieser Aussage auch der Schutz vor Krankheiten wie z.B. Krebs gemeint ist.)

2) Grundsätzlich sollte der weitaus größte Teil verfügbarer Ressourcen zur besseren Erforschung/Erfassung des Risikos aufgewendet werden. Die Aufgabe des BfS ist Strahlenschutz, d.h. Erfassung und Empfehlungen zur Verminderung des evtl. durch Strahlung bestehenden Risikos.

Der wichtigste Anteil der Risikokommunikation an der Risikoverminderung ist die bestmögliche fachliche Information an die Entscheidungsträger. Die Aufgabe des BfS ist nicht Kommunikation über ein Risiko, dessen wahre Größe und Hintergründe man gar nicht hinreichend kennt. Darüber kann man nicht solide kommunizieren.

3) Projekt 8.6 widerspricht der definierten Aufgabe des BfS: „BfS ist unabhängiger Vermittler zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit (kein „Akzeptanzbeschaffer“). Vom BfS werden auf Fachkenntnissen beruhende Aussagen erwartet. Die Texte sollten von den fachlich zuständigen Projektbearbeitern stammen, wozu sie durchaus selbst in der Lage sein dürften.

Risikowahrnehmung und Risikokommunikation

(Auszug aus der Gesamtstellungnahme, welche Ihnen als PDF per Mail zugeht.

Referenzen und Quellen sind dort angegeben).

Es wird den Bürgerinitiativen immer wieder unterstellt, dass deren Risikowahrnehmung bezüglich der elektrischen, magnetischen und elektromagnetischen Strahlungen einzig durch subjektive Faktoren beeinflusst wird. Ängste werden als unbegründet abgewiesen, obwohl selbst die Wissenschaft zugibt, keine eindeutigen Beweise für die Unbedenklichkeit von Hoch- und Höchstspannungsleitungen erbringen zu können.

Ein Vertrauensvorschuss seitens der Bevölkerung ist nach einem in weiten Teilen gescheiterten Bürgerdialog, der vor allem zu Beginn der Diskussionen von Intransparenz und Halb-wahrheiten geprägt war, nicht zu erwarten. Die Kommunikation zwischen Übertragungsnetzbetreibern, Politik, Behörden und Bürgern/Bürgerinnen gestaltet sich als schwierig, da offen-sichtlich vor allem wirtschaftliche Interessen beim Stromnetzausbau im Vordergrund stehen.

Auch die Atomkonzerne haben in den 80er und 90er Jahren versucht die Bevölkerung vor den Risiken dieser damals neuen Technologie (Störfälle, GAU) zu „beruhigen“. Der Gesundheitsvorsorge wurde kein großer Stellenwert beigemessen. Und heute, bei der Suche nach geeigneten Endlagern für den verstrahlten Müll, zeichnet sich erneut eine Katastrophe ab.

Die Frage „Wie kann der Verunsicherung der Bürger wegen gesundheitlicher Wirkungen von Stromleitungen begegnet werden?“ ist falsch gewählt und offenbart einen heimtückischen Geist, der auf Manipulation und nicht auf Information abzielt. Nur sachliche, wissenschaftlich gesicherte Informationen können die Menschen zu einer richtigen Risikoeinschätzung führen.

Sind die Bürger verunsichert und haben sie berechtigte Gründe der Technik der HGÜ-Trassen zu misstrauen, da die Erbauer keine objektiven wissenschaftlich fundierten Informationen vermittelt haben und auch Nachfragen stets abgewiegelt wurden?

Auf diese Frage sollte sich Risikokommunikation vorrangig beziehen, nicht auf Akzeptanz-steigerung und Beschleunigung beim Netzausbau. Dennoch bleibt abschließend zu bemerken, dass der beste Strahlen- und Gesundheitsschutz die Vermeidung eines überdimensionierten Netzausbaus ist.

Wir, der Bundesverband ... sind gerne bereit, aktiv an diesen Studien/Untersuchungen mitzuwirken.

Themenkomplex 8: Risikowahrnehmung und Risikokommunikation – 8.4 Untersuchung zur Rolle bei Veranstaltungen sowie 8.5 Untersuchung der Möglichkeiten von lokalen Behörden

Die im Verein "... " zusammengeschlossenen Landkreise begrüßen die Intention, die Fragestellungen der Behörden im Immissions- und Gesundheitsschutz beim Stromnetzausbau zum Thema zu machen, sehen die Ausrichtung dieser Teilvorhaben allerdings als verfehlt an. Es greift bei weitem zu kurz, Fachbehörden und Behördenmitarbeiter zum Objekt von Interviews und Beobachtung zu machen, um danach über diese Behörden akademische Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Behördenmitarbeiter werden nicht eines fernen Tages einmal die durch Stromnetzausbau aufgeworfenen Fragen zu beantworten haben, sondern sie stehen hier und heute in der Auseinandersetzung mit laufenden Verfahren und den Fragen der interessierten Bürger. Angemessen ist daher nicht über diese Behörden, sondern mit Ihnen zu erforschen, wie mit den auftretenden Fragestellungen adäquat umgegangen werden kann. Hierzu wäre es vor allem angemessen, bei akademischer Begleitung eine Arbeitsgruppe interessierter Behördenmitarbeiter aus den betroffenen Gebietskörperschaften zu bilden, um die aufkommenden Fragestellungen zu erörtern. Darüber hinaus wären für größere Beteiligungsrunden u.a. Workshops zu den wichtigsten Themen zu organisieren.

Die im Verein „...“ zusammengeschlossenen Landkreise vereinigen zugleich auch eine hohe Zahl an regionalen Immissionsschutzbehörden und Gesundheitsämtern. Vor diesem Hintergrund bietet das Landkreisbündnis dem BfS eine Zusammenarbeit an, um den Themenkomplexen 8.4 und 8.5 wie oben beschrieben mit u.a. der Organisation von Arbeitskreisen und Workshops eine realitätstüchtigere Ausrichtung zu geben. Hierzu 177 gesondertes postalisches Anschreiben des Bündnisses an Frau Dr. Kreuzer).

...

(Berater des Vereins "...")

Ich schreibe im Auftrag

Vor dem Hintergrund der Betroffenheit vieler Bündnis-Landkreise durch den SuedLink begrüßen wir den Start eines umfangreichen Forschungsprogramms „Strahlenschutz beim Stromnetzbau“ im BfS. Das Landkreisbündnis macht bereits seit langem öffentlich darauf aufmerksam, dass im Zusammenhang mit dem Übertragungsnetzausbau verschiedene Strahlenschutzaspekte noch ungeklärt sind. Da die Planungen für viele Übertragungsleitungen aber bereits laufen, würden wir es sehr begrüßen, wenn die Zwischen- und Endergebnisse der nun anlaufenden Forschungsvorhaben so zügig wie möglich verbreitet werden würden.

Wir würden uns sehr freuen, bezüglich unseres Kooperationsvorschlags zeitnah von Ihnen zu hören.

Bitte informieren Sie uns insbesondere bei Ausschreibungen im Forschungsbereich 8 - Risikowahrnehmung und Risikokommunikation. Wir würden uns dann darum bewerben.

Ein ausführliches Schreiben hierzu ist postalisch auf dem Weg.

Die Untersuchungsgegenstände Ziff. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, sind m.E. sehr wichtig und wären notwendigerweise zu ergänzen mit dem Untersuchungsgegenstand: Mögliche negative Auswirkungen niederfrequenter Strahlung auf Bodenlebewesen, die gesamte Bodenbiologie, Fauna und damit einhergehender Wachstumsveränderungen insbesondere von Kulturpflanzen und möglicher Ernte einbußen.